

ENDLICH FREI FÜR BESSERE BILDUNG IST

Entlicht am 22. Februar 2019

[Bildung](#), [Bildungspolitik](#),
[Digitalisierung](#), [Dr. Marcus Faber](#),
[Faber](#) [FDP](#) [FDP Sachsen-Anhalt](#), [Freie Demokraten](#) [Grundgesetz](#), [Laptop](#),
[Lehrer](#) [Lehrpersonal](#) [Sachsen-Anhalt](#),
[Schule](#) [Schulung](#)
[Vermittlungsausschuss](#) [weltbeste Bildung](#) [Whiteboard](#)

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Marcus Faber (FDP) hat das erzielte Ergebnis im Vermittlungsausschuss positiv bewertet. „Endlich der Weg frei für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik. Zwar hätten wir uns noch mehr gewünscht, aber es ist ein großer Fortschritt erzielt worden.“

Für Sachsen-Anhalt wird der Bundestagsabgeordnete nun auf eine schnelle Umsetzung der Koalition und allen voran Bildungsministerin Anja Karliczek bei der Umsetzung des Digitalpakt umsetzen und die neuen Möglichkeiten der Bund-Länder-Vereinbarungen mit Leben füllen. Ich würde mir wünschen, dass es schnell viele Schulen, egal ob in der Altmark, Halle oder Magdeburg, umsetzen können.

Kompromiss: „WLAN, Whiteboards, Laptops und digitale Lernprogramme werden flächendeckend in die Schulen.“

Zum Kompromiss: „Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit wird erstmals eine klare Zielvorgabe Bundesgelder in das Grundgesetz geschrieben. Zudem kann nicht nur in Kabel und Beton investieren, sondern auch in Personal oder die Unterstützung durch IT-Spezialisten. Die Finanzhilfen nicht mehr degressiv ausgestaltet, wodurch die Nachhaltigkeit hergestellt werde. „Die FDP-Fraktion hat erreicht, dass die Bildung ein Stück näher kommt“, so Faber.

Hintergrund: Der Vermittlungsausschuss vom Bundestag und Bundesrat hat sich am Mittwochabend auf eine Grundgesetzänderung geeinigt. Der Bildungsföderalismus in Deutschland modernisiert. Die Forderung der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag lange gekämpft. Am Donnerstag wurden, durch eine Abstimmung, die nötigen Änderungen lediglich gegen die Stimmen der SPD den Weg gebracht. Deutschlands Schulen können mit fünf Milliarden Euro aus Bundesmitteln ausgestattet werden.